

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	7
<i>Stefan Schade & Friedel Durben</i>	
2. Polizei und Wissenschaft: Wissenschaftliche Denkweise als Leitstern professioneller Polizeiarbeit	17
<i>Mario S. Staller & Swen Körner</i>	
3. „Das sich Verweigern hat uns als Organisation nicht gutgetan“ – Reflexion über den Feldzugang zur Polizei in einem politikwissenschaftlichen Forschungsprojekt	41
<i>Marilena Geugjes & Georgios Terizakis</i>	
4. „Nenne mich: Theo, lasse das -rie eben weg“ – Zum Verhältnis von Polizei und Wissenschaft	61
<i>Marschel Schöne & Martin Herrnkind</i>	
5. Polizeiliches Einsatztraining im Aufbruch!? Erfahrungen aus der Sicht einer Nichtlinearen Trainingspädagogik	85
<i>Swen Körner & Mario S. Staller</i>	
6. Das sechste P: Nachhaltige Sicherheit durch <i>starke Institutionen</i> und die Rolle der Polizei in postfaktischen Zeiten	109
<i>Steffen Göbel, Alisa Kaster & Stefan Schade</i>	
7. Führungskräfte der Polizei als Gestalter*innen organisationalen Wandels	139
<i>Kai Seidensticker</i>	
8. Vorschläge zur Schaffung einer konstruktiveren Fehlerkultur in der Polizei	155
<i>Tamina Preuß</i>	
9. Wertekompetenz und Wertebildung in der Aus- und Fortbildung der Spezialeinheiten der Polizei Rheinland-Pfalz: Erste Überlegungen einer polizeilichen Werteandragogik	181
<i>Stefan Schade & Thomas Wimmer</i>	
10. Das Fach „Berufsethik“ in der Polizeiausbildung in Rheinland- Pfalz von den Anfängen bis zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn (1947–1995)	213
<i>Martin Schulz-Rauch</i>	

11. Männlichkeit, Kampf und Heldentum als Nachwirkungen der NS-Ideologie in der Gegenwart – Herausforderungen für die Vermittlung von demokratisch-rechtsstaatlicher Wertekompetenz .	231
<i>Walter Rummel</i>	
12. Werteorientierte Praxisreflexion – Ein systemischer Ansatz zur Fortentwicklung polizeilicher Führung	249
<i>Thomas Baadte</i>	
13. Personalauswahl und Anforderungsprofile in der deutschen Polizei unter besonderer Berücksichtigung der charakterlichen Eignung	271
<i>Wim Nettelstroth & Henriette Binder</i>	
14. Personalauswahl der Polizei: 25 Jahre Eignungsdiagnostik an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz – Quo vadis?	295
<i>Markus M. Thielgen, Stefan Schade & Christine Telser</i>	
15. Zukünftiges Personalmarketing der Polizei: <i>Events</i> als Instrument zur Nachwuchskräftegewinnung der Polizei Rheinland-Pfalz	331
<i>Markus M. Thielgen, Stefan Schade & Andreas Lux</i>	
16. Die polizeiliche Vernehmung im Jahr 2040 in Deutschland	351
<i>Birgitta Sticher</i>	
17. Expertenhandeln als modernes Führungs- und Einsatzmittel – Warum Erfahrung und Expertise innerhalb der (Kriminal-)Polizei auch in Zukunft wichtig ist	365
<i>Hedda Holzhauer</i>	
18. ‚Einsame Wölfe‘-Terror als Extremform im Kampf um Anerkennung	385
<i>Susanne vom Hau</i>	
19. Wie die Polizei sich dann doch bedient: „Super Recognizer“ als Ressource für polizeiliche Ermittlungen und Einsätze?	407
<i>Markus M. Thielgen, Stefan Schade, Kevin Staudt & Michael Vomland</i>	
20. Die Stimme als Führungs- und Einsatzmittel der Polizei: Ein neuer Forschungsgegenstand!?	427
<i>Christine Telser, Stefan Schade & Markus M. Thielgen</i>	
Autor*innenverzeichnis	445

1. Einleitung

Stefan Schade & Friedel Durben

„Ich konnte ihn noch nie leiden, und jetzt weiß ich auch warum!“, sagt ein Gefährte, als Pinguin Fred bemerkt, dass der Eisberg der Kolonie schmilzt. Diese Szene aus dem Bestseller „Our Iceberg is melting“ von John Kotter und Holger Rathgeber (2005) illustriert sehr anschaulich den Beginn eines Prozesses, den Kurt Lewin (1947), ein berühmter Psychologe, mit seinem 3-Phasen-Modell der sozialen Veränderungen von Organisationen und Gesellschaften bereits sehr früh beschreibt (vgl. hierzu Cummings, Bridgman & Brown, 2016): Wenn wir uns verändern (müssen), durchlaufen wir verschiedene Phasen. Ein Zustand relativer Stabilität wird zunächst (meist von außen) erschüttert („unfreezing“), bevor wir uns bewegen und verändern („change“), um schließlich in einen neuen Zustand relativer Stabilität („refreezing“) zu gelangen. Allen Phasen gemeinsam ist, dass sie begleitet werden von unterstützenden Kräften („driving forces“), die Veränderungen vorantreiben, und von Widerständen („restraining forces“), die den aktuellen Zustand aufrechterhalten wollen.

Polizei im Aufbruch!? – wie Mario S. Staller und Swen Körner in diesem Band bemerken, kommt es hier auf die kleinen Dinge an: Das Ausrufezeichen steht für die Notwendigkeit von Veränderungen. Das Fragezeichen macht die Skepsis deutlich. Ein Spannungsfeld zwischen Gestalten und Verwalten, Innovation und Stagnation, Flexibilität und Stabilität wird aufgemacht, verbunden mit der Frage, wo sich die Polizei zwischen diesen Polen eigentlich verorten lässt bzw. sich verortet. Die Antwort ist trivial: irgendwo dazwischen. Hätte Galileo Galilei hier wohl auch gesagt ‚Und sie bewegt sich doch!‘? Wenn dem so wäre, könnte man Stillstand ausschließen. Dann bliebe jedoch zu fragen, *wohin* sie sich bewegt!

Dass Veränderungen notwendig sind, liegt auf der Hand. Ein Blick auf die sogenannten Megatrends der Zukunft genügt. Sie sorgen bereits heute für gesellschaftliche, technische, politische, soziale und persönliche Veränderungen. Die Digitalisierung revolutioniert nicht nur technische Verfahren und tradierte Prozesse in der Arbeitswelt, sondern beschleunigt die Globalisierung und verändert grundlegend unseren sozialen und persönlichen Umgang. Die Informationsgesellschaft wurde von wenigen Köpfen in die Hände aller gelegt. Jeder kann sich zum „Hobby-Journalist“ machen und ein weltweites Publikum erreichen, auch mit den negativen Folgen von „Fake News“, Verschwörungserzählungen und Radikalisierung. Die Grenzen zwischen der realen und der virtuellen Welt scheinen gerade vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie noch mehr zu verschwinden (auch in den Polizeiorganisationen und -hochschulen mit virtuellen Konferenzen, virtuellen Lagebespre-

chungen oder virtuellen Lehr- und Lernräumen). Der demografische Wandel setzt die Sozial- und Gesundheitssysteme sowie den Arbeitsmarkt unter Druck. Die weltweite Konnektivität begünstigt die gesellschaftliche Diversifizierung und Pluralität. Gesellschaften, Unternehmen und staatliche Organisationen sind damit Teil einer Veränderungsdynamik und unterliegen einem ständigen Veränderungsdruck, die Polizei selbstverständlich eingeschlossen. Dass sich Polizei den Veränderungen anpassen muss, erscheint also unumgänglich.

Allein in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands zeigt sich immer wieder diese polizeiliche Anpassungsnotwendigkeit. Nach dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg musste sich die Polizei in Ost- und Westdeutschland unter verschiedenen staatlichen Verfassungen neu aufstellen und nach der Einheit wieder zusammenfinden. Immer wieder veränderten sich die Anforderungen an die Polizei und erzwangen Maßnahmen der Veränderung bzw. Anpassung. Auf die Geiselnahme bei den Olympiaspielen 1972 in München durch eine palästinensische Terrorgruppe und den missglückten Befreiungsversuch durch die Polizei in Fürstenfeldbruck aufgrund der fehlenden (persönlichen und materiellen) Expertise aufseiten der Polizei folgte beispielsweise die Gründung der Spezialeinheiten der Polizeien in Bund und Ländern. So konnte terroristischen Anschlägen in der Nachfolgezeit durch eigens rekrutierte und speziell ausgebildete Einsatzkräfte begegnet werden (Schade & Wimmer, 2019). Die Terroranschläge des 11. September 2001 und weitere Anschläge seither führten zu neuen taktischen Einsatzkonzeptionen für „Lebensbedrohliche Einsatzlagen (LebEL)“, die die polizeiliche Fähigkeit zur Erstintervention bei derartigen Einsätzen nicht nur auf die Spezialeinheiten begrenzen sollten. Ballistische Plattenträger und Helm sowie Maschinenpistole gehören daher momentan zur Standardausrüstung des schutzpolizeilichen Einzeldienstes. Mit diesen oftmals von außen angestoßenen Veränderungen werden auch Veränderungen innerhalb der Polizei unumgänglich. Die Einführung neuer taktischer Konzepte sowie neuer Führungs- und Einsatzmittel hat beispielsweise unmittelbare Auswirkungen auf die Aus- und Fortbildung. Auch die Proteste um das Atomkraftwerk Brokdorf und der danach betitelte Beschluss des Bundesverfassungsgerichts verpflichtete die Polizei zur Reflexion ihrer einsatztaktischen Maßnahmen und Ziele. Deeskalation und Kooperation sind seither Leitlinien in der Einsatzbewältigung. Zur polizeilichen Professionalität gehört es, diese Veränderungen so umzusetzen, dass Polizei ihren eigenen Mitarbeitenden ermöglicht, maximale Leistung zu erbringen und maximale Zufriedenheit zu erleben. Ferner wird die Umsetzung von Veränderungen daran gemessen, ob Polizei von der Gesellschaft akzeptiert und anerkannt bleibt, erfolgreich ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen sowie Freiheit und Sicherheit für alle Bürger*innen gewährleisten kann. Angesichts der sich rasant verändernden Anforderungen der Gegenwart wächst dieses Anpassungserfordernis eher. Die Dynamik

und Komplexität der modernen Welt setzen eine organisationale Führungs- und Organisationskultur voraus, die ständige Reflexion fördert und „Flexibilität kann“.

Politik, Gesellschaft und Medien greifen zu Recht die „Polizeiskandale“ der jüngeren Vergangenheit in verschiedenen Bundesländern auf und hinterfragen eine reflexartige Bewertung als bloße Einzelfälle und die Einstufung als Fehlverhalten von Einzelnen. Die schnellen Abwehr- und Schutzreaktionen beispielsweise von Gewerkschaftsvertreter*innen, dass es sich hier um einen durch nichts haltbaren Generalverdacht handele, oder auch eine impulsiv vorgetragene Argumentation „aus dem Bauch“ erfahrener und überzeugter Polizei-Führungskräfte, sind einer konstruktiven Auseinandersetzung sicher nicht zuträglich. In einer modernen Wissens- und Informationsgesellschaft ist eine „Expertise“ allein aus der Polizei heraus, ohne einen referenziellen Blick nach und von außen, wenig überzeugend. Auch der Verweis auf tradierte Denkmuster nach dem Credo „Polizei ist ein Erfahrungsberuf (und deswegen qualifiziert)“ verfehlt seine Wirkung gänzlich, weil ‚Erfahrung‘ („Ich bin schon lange dabei.“) hier nicht mit Empirie, also einer *methodisch-systematischen* Auswertung von Beobachtungen, gleichzusetzen ist. Derartige Reaktionen sind im Übrigen schon verwunderlich, weil eher polizei-untypisch. Denn Polizeiarbeit ist in ihrem Grundverständnis doch der „Aufklärung der Wahrheit“ verpflichtet. Die Sicherung objektiver und subjektiver Beweise und deren verwertbare Dokumentation sind tagtägliche Aufgabe aller Polizei- und Kriminalbeamt*innen, damit ihre Aussagen vor Gericht Beweiskraft haben. Diese Beweiskraft legt sie in eigener Sache nicht (immer) an. Vielleicht ist jetzt die Zeit gekommen, vor dem Hintergrund der aktuellen Vorkommnisse in den Polizeien um rassistische Äußerungen in Chatforen, die polizeiliche Professionalität wieder spürbar weiter zu entwickeln. Stehen wir also erneut vor einem Aufbruch in ein neues polizeiliches Selbstverständnis oder eine Veränderung der polizeilichen Arbeit?

Persönlich reagieren wir auf Veränderungen oftmals ziemlich selektiv. Das neue iPhone kann gar nicht schnell genug auf den Markt kommen, um es zu kaufen und endlich die neuen Features nutzen zu können. Auf das eigene Auto zu verzichten, um der notwendigen Verkehrswende Rechnung zu tragen, fällt dagegen deutlich schwerer. Auch die Polizei reagiert ganz unterschiedlich auf Änderungen (oder auf die Forderung nach Veränderung). Das neueste iPhone muss natürlich schnell angeschafft werden, weil es die größtmögliche Sicherheit bietet und technischer Fortschritt die Erfolgchance in der Kriminalitätsbekämpfung eben auch erhöht. Und Polizei braucht natürlich Sicherheit und Erfolg. Diese Kriterien sollten auszugsweise aber auch eine Rolle bei Überlegungen zur einsatztaktischen Erweiterung der Führungs- und Einsatzmittel spielen. Die Aufrüstung der Erstinterventionskräfte des polizeilichen Einzeldienstes mit Mitteldistanzwaffen beispielsweise sollte unter wissenschaftlicher Begleitung geprüft werden. Insbesondere wenn

diese Waffen die bisherigen Maschinenpistolen ersetzen und auch unterhalb der Schwelle eines terroristischen Anschlags eingesetzt werden sollen, sind theoretische Entwicklungen¹ (z.B. Anderson & Bushman, 2002) und empirische Studien (z.B. Berkowitz & LePage, 1967) der Aggressionforschung zu berücksichtigen. Im Zuge dessen sind auch Mehrwerte und Nachteile, Möglichkeiten und Grenzen für Einsatz und Training ergebnisoffen und kritisch zu analysieren. Auch hier braucht die Polizei Sicherheit und Erfolg! In anderen Fällen gibt es wissenschaftliche Studien zur polizeilichen Arbeit, die noch nicht einmal durchgeführt sind, und schon heftigen Widerstand hervorrufen; oder wissenschaftliche Studien, die bereits durchgeführt sind, und seitens der Polizei ebenso heftig diskutiert werden (auch zu Unrecht!). Veränderungen dürfen also nicht wahlweise herbeigesehnt und bedenkenlos vollzogen, vehement abgelehnt oder einfach ignoriert werden. Aus der Schule und der Psychotherapie wissen wir, dass Lernen als die Veränderung von Verhalten und Erleben, vielfach mit Anstrengung, Unbehagen und vielleicht auch Schmerzen verbunden ist. Umgekehrt wissen wir aber auch, dass es sich mit einem Schulabschluss in der Tasche bzw. einer überwundenen Angst leichter leben lässt.

Die letzten 25 Jahre zeichnen sich durch zahlreiche fortschrittliche Veränderungen in allen deutschen Polizeien aus. Das 25-jährige Jubiläum des Polizeicampus Hahn der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz haben wir zum Anlass genommen, mit diesem Herausgeberwerk eine Art Standortbestimmung zu versuchen. Dazu tragen im Wesentlichen unsere Autor*innen in den nachfolgenden Kapiteln bei. Aus verschiedenen Perspektiven werden relevante Themenkomplexe für die Polizei diskutiert. Natürlich wird dabei nur ein Ausschnitt gezeigt. Polizei hält darüber hinaus noch zahlreiche Fragen, Herausforderungen, Themen, aber auch Probleme bereit, die es zu diskutieren gilt. Auch wenn wir nicht ganz ohne den Blick in die Vergangenheit auskommen, geht die Blickrichtung in den nachfolgenden Kapiteln doch klar in die Zukunft. Unseren Autor*innen bescheinigen wir nach eigener Lektüre an dieser Stelle, dass sie innovativ, konstruktiv, modern und professionell auf die Polizei blicken. Schon jetzt bedanken wir uns herzlich für die spannenden und lesenswerten Kapitel.

Mario S. Staller und **Swen Körner** machen gleich zu Beginn deutlich, warum Wissenschaft, hier insbesondere deren Denk- und Entscheidungsprozesse, für professionelle Polizeiarbeit als Teil des Selbstverständnisses unerlässlich ist. Wissenschaft ist dazu von der Polizei nicht nur als „Werbe-Label“ zu verwenden, wenn es gerade passt. Vielmehr gilt es, wissenschaftliches Denken in der Polizei so zu verankern, dass das polizeiliche Handeln stets Bezug zu syste-

1 Vereinfacht ausgedrückt wird in der Aggressionsforschung davon ausgegangen, dass die Anwesenheit sogenannter aggressiver Hinweisreize, wie Waffen oder waffenähnliche Geräte, aggressionsbezogene Bewertungs- und Entscheidungsprozesse auslösen und folglich aggressive Reaktionen wahrscheinlicher machen (vgl. Benjamin et al., 2018; Carlson et al., 1990).

matisch erzeugtem Wissen nimmt. Wie dieses Wissen systematisch generiert werden kann, beschreiben **Marilena Geugjes** und **Georgios Terizakis** exemplarisch an ihrem Forschungsprojekt. Sie machen dabei klar, dass dafür ein Feldzugang zur Polizei zwingend notwendig ist und wie sich dieser bisweilen gestalten kann. **Sven Körner** und **Mario S. Staller** treten ausgehend von ihren beruflichen Biografien an, am Beispiel der Nichtlinearen Pädagogik einen Aufbruch im Polizeitraining voranzutreiben. Sie zeigen Spielräume für Aufbruch, aber auch Hindernisse dagegen und betonen die Potenziale des *qualitativen* Entwicklungsschritts eines polizeilichen Einsatztrainings 2.0. Ausgehend von aktuellen Diskussionen liefern **Marschel Schöne** und **Martin Herrnkind** eine soziologische Analyse zum gegenwärtigen Verhältnis zwischen Wissenschaft und Polizei und diskutieren Probleme sowie Vorschläge, deren Gegensätzlichkeit aufzulösen. **Steffen Göbel**, **Alisa Kaster** und **Stefan Schade** stellen die Polizei als Exekutivorgan des Staates in den Kontext von Nachhaltigkeit und reflektieren gemeinsam mit Rafael Behr im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen über die Polizei als „starke Institution“.

Führung bleibt auch zukünftig eines der wichtigsten Entwicklungsfelder der Polizei. Nicht nur im Zuge der aktuellen Diskussionen um Polizeigewalt und Rassismus in der Polizei, kommt einer Fehler- und Führungskultur eine zentrale Bedeutung in Veränderungsprozessen der Polizei zu. **Kai Seidensticker** macht deutlich, dass Führungskräfte dabei die Rolle aktiver Gestalter*innen einnehmen müssen. **Tamina Preuß** erweitert das Verständnis polizeilicher Fehlerkultur und diskutiert konstruktive Vorschläge zu deren Verbesserung.

Die Bedeutung der Personalauswahl für die Polizei machen **Wim Nettelstroth** und **Martina Binder** deutlich, indem sie die Ergebnisse ihrer Forschungsprojekte vorstellen. Vor dem Hintergrund der großen Verantwortung für staatliche Ordnung und Sicherheit heben sie die Frage nach der charakterlichen Eignung potenzieller Kandidat*innen für den Polizeiberuf hervor und stellen das erste evidenzbasierte Anforderungsprofil für das Einstiegsamt der Polizei vor. Auch zukünftig wird angesichts der aktuellen Debatten um Polizeigewalt und Rassismus die Frage der charakterlichen Eignung wichtig bleiben oder sogar zunehmend wichtiger werden. **Markus M. Thielgen**, **Stefan Schade** und **Christine Telser** zeichnen in einem Beitrag die Entwicklung der Personalauswahl in der Polizei Rheinland-Pfalz nach und verdeutlichen die stetigen Veränderungen, die der Personalauswahlprozess in der Polizei angesichts der sich verändernden Rahmenbedingungen vollziehen musste. Die Personalgewinnung und -auswahl muss auch in Zukunft dynamisch und anpassungsfähig bleiben, ohne dabei ihre wissenschaftliche Fundierung aufzugeben. Die Eignungsdiagnostik nach wissenschaftlichen Standards nimmt dabei eine zentrale Funktion bei der zukünftigen Personalgewinnung ein. **Markus M. Thielgen**, **Stefan Schade** und **Andreas Lux** zeigen am Beispiel der Hoch-

schule der Polizei Rheinland-Pfalz, wie durch Event-Management zukünftig der Herausforderung weniger werdender Schulabsolvent*innen begegnet werden kann, um weiterhin eine ausreichende Anzahl geeigneter Nachwuchskräfte für die Polizei zu gewinnen. Es wird deutlich, dass neue Konzepte auch in der Polizei notwendig sind.

Stefan Schade und **Thomas Wimmer** versuchen die Wertediskussion in der Polizei mit dem Konzept der Wertekompetenz zu rahmen und entwickeln Ansätze einer polizeilichen „Wertedragogie“ am Beispiel der Spezialeinheiten der Polizei Rheinland-Pfalz. **Walter Rummel** spürt in diesem Zusammenhang jenen Auswirkungen des Nationalsozialismus nach, mit denen die Polizei heute immer noch konfrontiert wird. Durch einen Blick in die deutsche Geschichte gelingt ihm eine Einordnung aktueller Wertedebatten in der Polizei und über die Polizei. Ins Zentrum seiner Überlegungen zur „Vermittlung“ von demokratischen und rechtsstaatlichen Werten stellt er einen biografischen Zugang zur nationalsozialistischen Ideologie und ihrer verheerenden Folgen. Auf die historisch-politische Bildung einschließlich wirksamer Erinnerungskultur gründet sich das Selbstverständnis der Polizei eines demokratischen Rechtsstaates. **Martin Schulz-Rauch** zeichnet die Entwicklung des Faches Berufsethik in der rheinland-pfälzischen Polizeiausbildung seit dem Zweiten Weltkrieg nach und macht deutlich, dass es zur Aufgabe von Polizist*innen einer rechtsstaatlichen Demokratie gehört, sich von den Ideologien einer menschenverachtenden Diktatur abzugrenzen. Dem Fach Berufsethik kommt hierbei eine wichtige Bedeutung in der Polizei zu. **Thomas Baadte** holt Führungskräfte der Polizei insofern in die Verantwortung, als er Probleme in der Organisation aus der systemischen Perspektive heraus betrachtet und als Ergebnis der Interaktion zwischen Führungskräften und Mitarbeitenden zu verstehen sucht.

Birgitta Sticher entwirft eine Vision des polizeilichen Vernehmungstrainings, fokussiert dabei wichtige Inhalte und macht dadurch die Entwicklungspotenziale für diesen zentralen Arbeitsbereich der Polizei kenntlich. **Hedda Holzhauer** unterstreicht, dass auch in Zukunft Expertise als Voraussetzung kriminalpolizeilicher Ermittlungs- und Führungsarbeit erforderlich sein wird. **Susanne vom Hau** analysiert mit Blick auf terroristische Anschläge den Tätertypus „Einsamer Wolf“ aus soziologischer Perspektive und findet Anerkennungsdefizite als Erklärungsdimension dieses Phänomens. Darauf aufbauend werden Maßnahmen der Kriminalprävention diskutiert.

Christine Telser, **Stefan Schade** und **Markus M. Thielgen** zeigen exemplarisch ein mögliches Forschungsthema der Zukunft in der Polizei auf und skizzieren den möglichen Nutzen für die Polizeiarbeit. Angesichts der Bedeutung der verbalen (und nonverbalen) Kommunikation im Polizeiberuf weisen sie darauf hin, dass der Stimme als Forschungsgegenstand bisher in der Polizei kaum Beachtung geschenkt wird. Im Gegensatz dazu stellen **Markus M.**

Thielgen, Stefan Schade, Kevin Staudt und Michael Vomland einen aktuellen Forschungsgegenstand dar, für den die Polizei(-führung) förmlich „brennt“. Super Recognizer können der Polizei quantifizierbar bei der Kriminalitätsaufklärung helfen und versprechen unmittelbaren Nutzen. Allerdings wird deutlich, dass dieser Nutzen nur mit wissenschaftlichen Mitteln sinnvoll zu ernten ist.

Wenn wir einmal wagen, im Vorgriff auf die nächsten Seiten ein Fazit zu ziehen, dann vielleicht so: Aufbruch lässt sich in der Polizei² schon erkennen.

Zum Beispiel ein Aufbruch in der Nachwuchsgewinnung: Aufgrund des demografischen Wandels wird es auch in Zukunft herausfordernd bleiben, genügend geeignetes Personal für den Polizeiberuf zu finden. Dazu werden die Polizeien angehalten sein, gezielter nach Nachwuchskräften zu suchen. Die Bemühungen der Personalakquise sind dabei zunehmend stärker auch auf andere Professionen auszuweiten. Eine weiter fortschreitende Spezialisierung der Aufgabenfelder macht es erforderlich, zukünftig auch gezielt Hochschulabsolvent*innen für den Polizeiberuf anzuwerben und zu binden. Karrierewege in der Polizei müssen noch attraktiver für nicht-polizeiliche Professionen oder „Quereinsteiger*innen“ werden. Eine wirksame Personalwerbung durch einen Markenkern der jeweiligen Polizei, ein evidenzbasiertes Anforderungsprofil sowie valide Auswahlverfahren erfordern dabei zwingend die wissenschaftliche Fundierung.

Zum Beispiel ein Aufbruch in der (Aus-)Bildung der Polizei: Das über Jahre weiterentwickelte Bildungssystem in den Polizeien hat den Anschluss an die allgemeinen Hochschulen und Universitäten dennoch nicht geschafft. Auch wenn fast jede deutsche Polizei heute über eine (interne) Hochschule mit anerkannten Bildungsabschlüssen vom Bachelor- bis Masterabschluss verfügt und zunehmend enger und wahrnehmbarer in der Konferenz der Hochschulen und Fachbereiche der Polizei (HPK) vernetzt ist, wird bis heute die Akademisierung der Polizeiausbildung diskutiert. Einerseits wird Polizei als praktischer Lehrberuf aufgefasst und das „Praktische“ betont, andererseits wird auf die Notwendigkeit wissenschaftlicher Fundierung hingewiesen. Es entsteht gewissermaßen ein Entwicklungshorizont: Zum einen wären die bestehenden Polizeistudiengänge zu erweitern oder neue einzuführen, da die beruflichen Anforderungen gestiegen sind und künftig auch eher steigen werden. Notwendigerweise wird das eine weitere Akademisierung mit sich bringen müssen. Das Polizeitraining in einem breiten Verständnis des Begriffs als zentrale Säule in der Polizeiarbeit ist zudem nach vielversprechenden Anfängen in den letzten Jahren dringend (weiter) wissenschaftlich zu professio-

2 Für einen vertieften Einblick in die Diskussion um die deutschen Polizeien und die (empirische) Polizeiforschung in Deutschland ist an dieser Stelle Pars pro Toto auf die seit 2000 jährlich erscheinenden Tagungsbände „Empirische Polizeiforschung“ zu den seit 1999 stattfindenden Tagungen des **Arbeitskreises Empirische Polizeiforschung** verwiesen (www.empirische-polizeiforschung.de).

nalisieren. Einheitliche nationale Bildungsstandards für die Polizeiausbildung und das Polizeistudium scheinen angemessen. Zum anderen gilt es, weitere Spezialist*innen anderer Professionen in die Polizei zu integrieren. Für diese Integration bzw. den Ausbau neuer oder bestehender nicht-polizeilicher Professionen muss die Polizei im Inneren neue (Führungs-)Mechanismen und Funktionsprinzipien entwickeln, um attraktiv für Fachpersonal zu werden. Neben Führungskarrieren sind gleichwertige Fachkarrieren zu implementieren. Auch anderen Professionen sollte der Zugang zu Führungskarrieren in der Polizei nicht verwehrt bleiben.

Zum Beispiel Aufbruch in der Polizeiforschung (Teil 1): Polizei und Forschung wird gerade wieder vor dem Hintergrund aktueller Schlagzeilen stark diskutiert. Die Ausgangslage von Forschung in der Polizei gestaltet sich teilweise unterschiedlich, aber insgesamt eher defizitär. Nicht alle Hochschulen der Polizeien in Deutschland haben (per Gesetz) einen klaren Forschungsauftrag, nicht alle verfügen über Professoren oder Forschungsinstitute. Personalressourcen werden oft nur für die Lehre berechnet und von den „polizeilichen Wissenschaftsministerien“ (= regelmäßig das Innenministerium) zur Verfügung gestellt. So bleibt – wenn überhaupt – nur wenig Spielraum, das eigene Feld der Polizei und der polizeilichen Arbeit vor dem Hintergrund neuer Anforderungen und gesellschaftlicher Veränderungen zu erforschen. Dabei ist selbst die Eigeninitiative Einzelner oft nicht willkommen. Die Polizei- bzw. Verwaltungsfachhochschulgesetze sind daher flächendeckend um einen eindeutigen Forschungsauftrag zu ergänzen und durch das zuständige Ministerium entsprechend mit Personal zu hinterlegen.

Zum Beispiel Aufbruch in der Polizeiforschung (Teil 2): Die Vernetzung und die kooperative Zusammenarbeit der Polizei in wissenschaftlichen Projekten sind nicht im gleichen Maße ausgebildet wie die zwischen den Universitäten und Hochschulen außerhalb der Polizei. Der fehlende Forschungsauftrag, fehlendes Personal mit entsprechendem Stellenplan (z.B. Professoren), fehlendes Forschungsbudget, fehlender Drittmittelerwerb an den Polizeihochschulen sowie die selten bis gar nicht vorhandenen (temporären) wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen, studentischen Hilfskräfte, Forschungsfreistellungen für Hochschullehrer*innen und Dozent*innen begründen strukturelle Voraussetzungen – oder eher Defizite, die die Zusammenarbeit für (wissenschaftliche und wirtschaftliche) Partner*innen entweder unmöglich oder uninteressant machen. Der Polizei wird folglich regelmäßig keine eigenständige Forschungskompetenz zugeschrieben. Ein zukunftsweisender, die Forschung fördernder Strukturplan müsste also umgehend Professuren, Forschungsinstitute, Forschungsbudget, Personal- und Haushaltsplan, temporäre Stellen und Drittmittelerwerb ausweisen.

Zum Beispiel Aufbruch in der Polizeiforschung (Teil 3): Polizeiorganisationen öffnen bisher nur zaghaft das Feld für unabhängige Forschung. Die so-

genannte INSIDER-Studie in der rheinland-pfälzischen Polizei mit dem Titel „Innere Sicherheit und demokratische Resilienz. Bedingungen und Wechselwirkungen polizeilichen Handelns in der pluralen Gesellschaft“ ist ein erster notwendiger Zwischenschritt. Im Umkehrschluss zur aberkannten Forschungskompetenz der Polizei wird Wissenschaftler*innen außerhalb der Polizeiprofession (und wahrscheinlich sogar allen, die nicht der Polizei angehören) von der Polizei(-führung) in Teilen immer noch die Kompetenz abgesprochen, zur Bewältigung der Fragen und Probleme der Polizei beitragen zu können – eben mangels Einblick in die Polizeiwelt. Gespräche auf der polizeilichen Arbeitsebene zeigen allerdings oftmals das Gegenteil. Polizei oder auch die Politik könnten aber auch einfach Ergebnisse fürchten, die Versäumnisse oder Mängel aufzeigen. Natürlich wird ein genauer Blick auch Fehler, Mängel und Versäumnisse aufzeigen. Wo ist aber das Problem? Hier liegt im Gegenteil eine Chance. Eine Polizei, die eigenständig Erkenntnisse über sich selbst gewinnt, ist auch in der Lage, ohne den äußeren Druck von Krisen und Skandalen „vor die Lage“ zu kommen, wie ein viel beschworener Einsatzgrundsatz der Polizei lautet. Der Blick von außen kann der Polizei helfen, Problemstellungen und Herausforderungen der Zukunft systematisch, strukturiert und kontrolliert zu bearbeiten. Validität (oder Validierung am Außenkriterium) ist schließlich nicht umsonst ein Gütekriterium wissenschaftlichen Arbeitens. Mehr Professionalität könnte öffentlichen Schaden für die Organisation verhindern und eine Win-Win-Situation entstehen lassen.

Zum Beispiel Aufbruch zur inneren und äußeren Partizipation: Damit Polizei ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen kann, ist sie auf die Zuarbeit der Bevölkerung angewiesen. Diese Zusammenarbeit funktioniert nur dann, wenn Bürger*innen Vertrauen in die Polizei haben. Hierzu muss die Polizei der Öffentlichkeit Rechenschaft über ihr Handeln ablegen. Die Bürger*innen fordern in rechtsstaatlichen Demokratien zu Recht ein, dass staatliche Organisationen und Vertreter*innen ihr Handeln erklären. Dies schafft Verständnis und ist die Grundlage für Bürger*innenbeteiligung im Feld der öffentlichen Sicherheit. Teilhabe und Mitbestimmung sollten sich aber auch nach innen richten. Die Potenziale aller Mitarbeiter*innen sollten optimal genutzt werden. Mitarbeiter*innen, die aktiv an organisationalen (Gestaltungs-)Prozessen beteiligt werden, erfahren Wertschätzung und sind motivierter. Hier kann sich die Polizei insgesamt weiter entwickeln.

Zur Professionalisierung der Polizei gehört ein fortlaufender Anpassungsprozess an Veränderungen jeglicher Art. Bewährtes wie Neuerungen gilt es folglich stets zu reflektieren und außerhalb der organisationalen Echokammer zu referenzieren. Die Grundlagen dafür hat die Polizei in den letzten Jahrzehnten der Veränderungen gelegt. Jetzt gilt es, einen weiteren Schritt nach vorne zu machen.

Und wie erging es nun Fred und den Pinguinen? So viel sei verraten: Sie haben jedenfalls nicht untätig zugeesehen, wie der Eisberg schmilzt.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen.

Stefan Schade & Friedel Durben

Im Oktober 2021

Literatur

- Anderson, C.A., Bushman, B.J. (2002). Human aggression. *Annual Review of Psychology*, 53, 27–51. <https://doi.org/10.1146/annurev.psych.53.100901.135231>
- Benjamin, A.J., Kepes, S., & Bushman, B.J. (2018). Effects of Weapons on Aggressive Thoughts, Angry Feelings, Hostile Appraisals, and Aggressive Behavior: A Meta-Analytic Review of the Weapons Effect Literature. *Personality and Social Psychology Review*, 22(4), 347–377. <https://doi.org/10.1177/1088868317725419>
- Carlson, M., Marcus-Newhall, A., & Miller, N. (1990). Effects of situational aggression cues: A quantitative review. *Journal of Personality and Social Psychology*, 58, 622–633. <https://doi.org/10.1037/0022-3514.58.4.622>
- Cummings, S., Bridgman, T., & Brown, K.G. (2016). Unfreezing change as three steps: Rethinking Kurt Lewin's legacy for change management. *Human Relations*, 69(1), 33–60. <https://doi.org/10.1177/0018726715577707>
- Kotter, J., & Rathgeber, H. (2005). *Our iceberg is melting. Changing and succeeding under any conditions* (1st ed.). New York, NY: Portfolio/Penguin.
- Lewin, K. (1947). Frontiers in Group Dynamics: Concept, Method and Reality in Social Science, Social Equilibria and Social Change. *Human Relations*, 1(1), 5–41. <https://doi.org/10.1177/001872674700100103>

2. Polizei und Wissenschaft: Wissenschaftliche Denkweise als Leitstern professioneller Polizeiarbeit

Mario S. Staller & Swen Körner

Wissenschaft ist eine Art des Denkens. Als „Kerze in der Finsternis“ strebt sie auf systematische Art und Weise nach gerechtfertigtem, „wahrem“ Wissen und bildet damit normativ die Grundlage für Entscheidungen und Urteile polizeilicher Praxis. Wissenschaftliches Denken nimmt dabei reflexiv die eigenen Erkenntnisgewinnungs- und Entscheidungsprozesse in den Blick. Im vorliegenden Beitrag verorten wir eine wissenschaftliche Denkweise als Leitstern professioneller polizeilicher Praxis. An teilweise autoethnografischen Schlaglichtern verdeutlichen wir im Anschluss, dass im Hinblick auf die Verinnerlichung dieser Grundeinstellung noch Optimierungsbedarf besteht. Als problematisch sehen wir in dieser Hinsicht (a) die Verwendung des Begriffs der Wissenschaft als Werbelabel – ohne den damit einhergehenden Anspruch an Systematizität der Wissensgenerierung Rechnung zu tragen, (b) die strukturelle Schließung polizeilicher (Sub-)Systeme sowie eine damit einhergehende (c) Vermeidung von sachlichem Konflikt und (d) das Vernachlässigen von Reflexivität auf die eigenen Wissensgenerierungsprozesse.

2.1 Einleitung

Wir mussten nicht lange überlegen. Als Forscher – die von innen (MS) und von außen (SK) mit, in und über die Polizei forschen und arbeiten, liegt uns die Professionalisierung der Institution sehr am Herzen (Körner et al., 2018; Körner & Staller, 2020a; Staller & Körner, 2020b). Einen Betrag in einem Herausgeberwerk mit dem Titel „Aufbruch der Polizei!“ – versehen mit einem Ausrufe- und einem Fragezeichen am Ende – weist auf eine Standortbestimmung und auf eine Richtungsvorgabe hin. Beides sind für uns wichtige Orientierungen in unserem Tun. Auch der Gegenstand – oder besser: die Gegenstände – der Betrachtung waren schnell ausgemacht. Unser Forschungsweg in, mit und über die Polizei nahm im polizeilichen Einsatztraining seinen Anfang (Staller & Körner, 2019). Während wir hier noch lange nicht am Ende sind und eher das Gefühl haben, stetig mehr Fragen aufzuwerfen als zu beantworten, tangierten wir dabei auch immer wieder einen zweiten Bereich: die Schnittstelle von Polizei und Wissenschaft. Beide Bereiche liegen uns sehr am Herzen. Dies hat zum einen mit unserem Interesse für den Forschungsgegenstand zu tun, zum anderen sehen wir in beiden Bereichen das Potenzial, die Polizei in Richtung Professionalisierung auszurichten – und

ihren Beitrag zu einer gerechten, fairen und nachhaltigen Gesellschaft zu leisten. Unser Doppelfokus führt in der Konsequenz zu zwei Aufsätzen: einen über das polizeiliche Einsatztraining und ihr Verhältnis zur Nichtlinearen Pädagogik [siehe anderer Aufsatz in diesem Band] – und einen auf einer übergeordneten Ebene über das Verhältnis von Wissenschaft und Polizei. Hier müssen wir einschränkend erwähnen, dass unsere Erfahrungen bei der Be-/Erforschung des Einsatztrainings unsere Perspektive auf das Verhältnis Polizei und Wissenschaft maßgeblich beeinflusst.

Der vorliegende Aufsatz nimmt die Wissenschaft in Verbindung mit der Polizei in den Blick. Neben unseren Interessen macht die Themenwahl auch vor dem Hintergrund der Festschrift Sinn: Das Jubiläum des Bestehens eines Campus an einer Hochschule der Polizei deutet auf eine gewisse Freude über die Integration von Wissenschaft und Polizei hin. Ein Prozess, der nicht selbstverständlich war, der positive Effekte aufweist, aber – so wie wir zeigen werden – auch noch mit vielen Problemen zu kämpfen hat und damit Raum für Optimierung bietet.

In Bezug auf die Standortbestimmung und die Bestimmung einer Richtungsvorgabe orientieren wir uns autoethnografisch an Beobachtungen, die wir als Teil des Wissenschafts- (SK, MS) und Polizeisystems (MS) mit, über und in der Polizei gemacht haben. Dabei geht es uns nicht darum, einen systematischen Überblick über das Verhältnis von Polizei und Wissenschaft zu skizzieren, sondern subjektive Schlaglichter auf Auffälligkeiten in dieser Symbiose zu liefern. Alles mit dem Ziel, die Professionalisierung der Polizei und der innerhalb dieses Systems tätigen Personen weiter voranzutreiben. Wir starten unseren Aufsatz mit drei grundlegenden Überzeugungen unsererseits:

2.2 Grundüberzeugungen

2.2.1 Menschen urteilen nicht fehlerlos

Die Denkprozesse von Menschen sind fehleranfällig – und das in größerem Ausmaß, als wir annehmen. Die psychologische Forschung belegte in den vergangenen Jahrzehnten ausführlich, dass wir in der Beurteilung von Sachverhalten und Entscheidungen, die wir in unterschiedlichsten Situationen treffen, abhängig von einer Vielzahl von Faktoren sind, die mit der eigentlichen Sachlage oder Situation gar nichts zu tun haben. Wir unterliegen den unterschiedlichsten kognitiven Verzerrungen und werden gleichzeitig von einer Vielzahl von zufälligen weiteren Faktoren beeinflusst, die wiederum dazu führen, dass wir selbst, wenn wir dieselbe Entscheidung an einem anderen Tag trafen, zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen würden. Darunter fallen eigene Einstellungen, Glaubenssätze, aber auch Tageszeit, Temperatur, Anwesenheit von Kollegen, Reihenfolge von Wortmeldungen und Entschei-

dungen, etc. (siehe Kahneman, 2011; Kahneman et al., 2021 für einen leicht zu lesenden, zusammenfassenden Überblick). Wichtig ist an dieser Stelle zu verstehen, dass diese Fehleranfälligkeit in der menschlichen kognitiven Architektur begründet liegt. Soziale Prozesse wirken hier ein (z. B. Sozialisation innerhalb einer Institution, Kaskadeneffekte in Gruppen, etc.) und können die Fehleranfälligkeit weiter verstärken (Dror, 2020; Staller, Zaiser & Körner, 2021).

Aus der menschlich immanenten Varianz an Entscheidungen sowie den Entscheidungsprozessen beeinflussenden kognitiven Verzerrungen (gegen die auch Expert*innen nicht immun sind) ergibt sich für das Ergebnis eines Urteils oder eines Entscheidungsprozesses das, was in der Systemtheorie als kontingent bezeichnet wird (Luhmann, 1984): Es ist wie es ist – es könnte aber auch anders sein; nur eben nicht beliebig. Was für Beurteilungen und Entscheidungen allgemein gilt, besitzt auch im Kontext polizeilicher Arbeit Gültigkeit: Beurteilungen (der Lage, einer Situation, einer Strategie, etc.) sowie Entscheidungen, die darauf getroffen werden, sind fehler- und zufallsanfällig.

Sofern wir das ernst nehmen, ergibt sich daraus der Bedarf nach einem Instrumentarium, das uns hilft, Fehler zu minimieren. Das setzt voraus, dass wir Erkenntnisse darüber haben, wie die Dinge sind, sich verhalten und entwickeln (oder zumindest, wie sie dies am wahrscheinlichsten tun). Wir benötigen gerechtfertigtes Wissen. Das gilt für die Wirkungsweise von Impfstoffen in einer globalen Pandemie genauso wie für die Wirkungsweise empathischer Kommunikation, die Ausrichtung einer polizeilichen Strategie oder wie für die Einführung oder Abschaffung von Waffensystemen und Ausrüstung. Wissenschaftliche Erkenntnis liefert uns hier die besten Erfolgsaussichten.

2.2.2 Wissenschaft als „Kerze in der Finsternis“

Die Informationsdichte in der Gesellschaft nimmt stetig zu und mit ihr die Verfügbarkeit an Informationen für jede Person. Informationen werden in Foren geteilt, zwischen Kolleg*innen ausgetauscht und als Grundlage für Beurteilungen und Entscheidungen im polizeilichen Alltag herangezogen und zu Wissensbeständen verdichtet. Welche Wissensbestände allerdings über das Prädikat „wahr“ verfügen und damit als wissenschaftliches Wissen (*scientific knowledge*) und Faktum gelten, lässt sich häufig intuitiv nicht sagen. Menschen „wissen“ Dinge und kommunizieren sie: egal ob Fake News, pseudowissenschaftliches Wissen, Bullshit, Verschwörungstheorien oder wissenschaftliches Wissen: Sie alle eint der Wahrheitsanspruch.

Wissenschaft als Prozess ist das Messinstrument, mit dem der Wahrheitsgehalt von „Wissen“ überprüft wird. Wissenschaft ist damit mehr als eine Ansammlung gerechtfertigter Wissensbestände – sie ist eine Art des Denkens

(Sagan, 1997). Sie ist die „Kerze in der Finsternis“ (*candle in the dark*), welche die Dämonen mit den falschen Wahrheitsansprüchen vertreibt. Wissenschaftliches Wissen unterscheidet sich von anderen Wissensbeständen dahingehend, dass der Prozess des Erkenntnisgewinns von Systematizität geprägt ist (Hoyningen-Huene, 2008). Der Prozess des Erkenntnisgewinns – also die Schaffung von Wissen – unterliegt bestimmten Regeln und Prozessen. Je höher der Grad an Systematizität (Hoyningen-Huene stellt hierfür acht Dimensionen vor), je mehr können wir von wissenschaftlich-gerechtfertigtem Wissen sprechen. Der Clou an der Sache: Die Wissenschaft wendet ihre eigene Logik auf sich selbst an: Die systematische Suche nach Erkenntnis, um zu verstehen, wann Wissen als „wahr“ beurteilt werden kann. Damit ergibt sich ein sich schier endlos fortsetzender Prozess mit dem jeweils tagesaktuellen Ergebnis, dass wir mit wissenschaftlich erschlossener Erkenntnis, die Wissensbestände zur Verfügung haben, die der Wahrheit am nächsten kommen. Der Anspruch nach vollständiger Wahrheit ist nicht einlösbar; oder mit den Worten von Sagan (1997): „Die Wissenschaft ist weit davon entfernt, ein vollkommenes Instrument des Wissens zu sein. Sie ist einfach nur das Beste, das wir haben. In dieser wie in vielerlei anderer Hinsicht ist sie wie die Demokratie. Die Wissenschaft an sich kann die Abläufe menschlichen Handelns nicht entscheidend beeinflussen, aber sie kann mit Sicherheit die möglichen Folgen alternativer Handlungsabläufe veranschaulichen“ (S. 48).

Daraus folgt auch, dass jede Person ein/e Wissenschaftler*in sein kann: Es kommt auf die Art des Denkens an. Eine Zugehörigkeit zu einer Institution (Hochschule) oder eine entsprechende Berufsbezeichnung (Forscher*in oder Professor*in) ist nicht nötig. Mit einer wissenschaftlichen Denk- und Herangehensweise ausgestattet, reduzieren sich Fehltritte und Entscheidungen; wir kommen der Wahrheit näher. Ein wesentlicher Grund, weshalb Wissenschaft als die Voraussetzung einer professionellen Polizeiarbeit gilt (Brown et al., 2018; Fridell, 2017) und als ein Grundpfeiler der Demokratie konzeptualisiert wird (Collins et al., 2020; Collins & Evans, 2017).

2.2.3 Wissenschaft als Voraussetzung professioneller polizeilicher Praxis

Die Polizei ist im Rahmen des gesellschaftlichen Vertrages zwischen Polizei und Bürger*innen mit dem Mandat ausgestattet, für die Sicherheit der Gesellschaft im Inneren zu sorgen. Dieses Mandat erfordert eine hohe Qualität der Polizeiarbeit; sie ist in einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft unerlässlich. Insbesondere da die Polizei den Auftrag hat, das Gesetz auch mit Zwangsmitteln aufrechtzuerhalten (Dunham & Alpert, 2021; Terrill, 2014), ist es wichtig, dass die delegierte Macht von einzelnen Polizist*innen klug und professionell ausgeübt wird. Die Demokratie garantiert zwar nicht, dass Urteile und Entscheidungen einzelner Polizist*innen einheitlich denen der Gesellschaft entsprechen, aber die Gesellschaft hat ein Recht darauf, die

Kriterien zu benennen, nach denen das Urteil gefällt werden soll (Reiman, 1985). Dieser Gesellschaftsvertrag beinhaltet auch, dass diese Kriterien von kompetenten und professionell agierenden Individuen befolgt werden. Daher ist die Sicherstellung, dass nur kompetente Personen damit beauftragt werden, gute Urteile zu fällen und Entscheidungen zu treffen, Teil dieses Gesellschaftsvertrags zwischen der Polizei und Gesellschaft.

Der Schritt in Richtung Akademisierung der polizeilichen Ausbildung war ein wichtiger Schritt in diese Richtung (Frevel, 2018; Huisjes et al., 2018; Paterson, 2011; Rogers & Frevel, 2018). Verschiedene Forschungsergebnisse zeigen die positiven Aspekte dieser Orientierung, wie z.B. eine Verringerung problematischer Aspekte wie *Cop Culture* (Cox & Kirby, 2018), Gewaltanwendung (Rydberg & Terrill, 2010; Vespucci, 2020) oder fremdenfeindlichen Einstellungen (Krott et al., 2018). Im Vergleich zu einem eher praktisch orientierten Ansatz in der Berufsausbildung liegt der Fokus in höheren Bildungssettings auf der Entwicklung breiterer Kompetenzen wie z.B. emotionaler, kognitiver, sozialer und moralischer Fähigkeiten (Blumberg et al., 2019) sowie wissenschaftlichem Denken und reflektierender Praxis (Huisjes et al., 2018). Der/die Polizist*in als Mischwesen mit dem besten aus zwei Welten: Handwerkliches Geschick in der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung erlernt durch Praxis – und wissenschaftliche Wissensbestände und wissenschaftliches Denken als Planungs- und Reflexionsgrundlage: der/die polizeiliche Praxademiker*in (Huey & Mitchell, 2016).

Interessant – aber zunächst intuitiv nachvollziehbar – erscheint in diesem Zusammenhang der Befund, dass sich Polizeianwärt*innen und -beamt*innen manchmal mehr praktische Erfahrungen in Bezug auf das Fertigkeitserlernen wünschen, was auf einen Mangel an wahrgenommener Relevanz der theoretischen Inhalte für die tägliche Arbeit hinweist (Edwards, 2019; Frevel, 2018). Wir sehen die Herausforderung des Nichterkennens der praktischen Relevanz wissenschaftlichen Denkens und Theorie nicht im Gegenstand an und für sich – sondern eher in der Vermittlung dieser Relevanz innerhalb der Institution Polizei. Das weitere Herausarbeiten dieser praktischen Relevanz sehen wir als einen wichtigen zukünftigen Entwicklungsschritt. Dafür muss sich die Polizei allerdings selbst mit der Wissenschaft als konstituierendes Merkmal ihrer professionellen Praxis identifizieren – ein Prozess, der so noch nicht vollumfänglich stattgefunden hat (Boulton et al., 2020; Körner & Staller, 2020a). Unsere nachfolgend angeführten autoethnografischen Schlaglichter weisen auf dieses Defizit in der Umsetzung hin und benennen system-strukturelle Problematiken der (Nicht-)Umsetzung.

Die Differenzierung von Alltagswissen und wissenschaftlichem Wissen als Grundlage von polizeilichen (Strategie-)Urteilen und Entscheidungsverhalten ist ein Basisbaustein für das, was im internationalen Raum als *evidence-based policing* – also evidenz-basierte polizeiliche Praxis – das Stützen von

polizeilichen Urteilen und Entscheidungen auf wissenschaftliche Wissensbestände – bekannt ist (Lum et al., 2011; Mitchell & Lewis, 2017; Sherman, 1998). Die Fähigkeit zum wissenschaftlichen Denken bildet die Voraussetzung einer derartigen Praxis. Auf einer übergeordneten Ebene kommt noch ein weiterer Aspekt hinzu, der ermöglicht oder eben bei Nichtvorliegen verhindert, dass evidenz-basierte Wissensbestände Einzug in die Polizei finden: Reflexivität (Staller & Koerner, 2021d). Reflexivität ist Teil des wissenschaftlichen Denkinstrumentariums, da sie die eigene Methode der wissenschaftlichen Analyse auf sich selbst anwendet. Entsprechend – im Einklang mit der Verwissenschaftlichung des Polizeiberufs – wird argumentiert, dass Reflexivität der Schlüsselaspekt einer modernen Polizeiarbeit ist (Staller, Koerner & Zaiser, 2021b; Wood & Williams, 2017), eine metakognitive Fähigkeit und ein Lerninhalt, der in der Hochschulbildung einen gewissen Raum einnimmt (Huisjes et al., 2018).

Reflexivität ist der sicherstellende Faktor, der im Prozess dafür sorgt, dass eine Annäherung an die Wahrheit erfolgt – und der im System der Wissenschaft aus diesem Grund systemstrukturell verankert ist. Wissenschaft muss reflexiv sein, um ihrem Anspruch an Wahrheitsfindung gerecht zu werden. Sofern wissenschaftliches Denken als konstituierendes Merkmal polizeilicher Arbeit gilt, besteht auch für die Polizei eine Verpflichtung zur Reflexivität. Die Analyse von Verstößen gegen diesen Gesellschaftsvertrag wie unangemessene Gewaltanwendung (Boxer et al., 2021), rassistisch und sozial voreingenommene Polizeiarbeit (Abdul-Rahman et al., 2020; Engel & Cohen, 2014) und polizeiliches Fehlverhalten (Ivkovic, 2014; Porter, 2021) legen nahe, dass die Genese solcher Ereignisse vielschichtig ist und nicht nur auf das Verhalten des Einzelnen zurückgeführt werden kann. Während persönliche Eigenschaften eine Rolle spielen können, fließen Trainingserfahrungen, Erziehung, Sozialisation und andere Einflüsse in die Leistung in einer bestimmten Situation ein (Boxer et al., 2021; Goff & Rau, 2020) – die Rolle der Institution Polizei ist hier nicht unerheblich. Rigorose Aufarbeitung und Verbesserung von Urteilen und Entscheidungen innerhalb der Organisation – welche von Menschen getroffen werden und daher fehleranfällig sind (siehe Grundüberzeugung 1) – erfordert ein wissenschaftlich-analytisches Vorgehen sowie Reflexivität in der Betrachtung – und das braucht wiederum Menschen, die über diese Fähigkeit verfügen.

Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass die Polizei gut an einer an Wissenschaft orientierten Bildung tut, was über die letzten Dekaden in der Konsequenz – zumindest in Europa – zu einer Orientierung an akademischer Bildung führte (Frevel, 2018; Huisjes et al., 2018; Paterson, 2011; Rogers & Frevel, 2018). Die Akademisierung einerseits und die praktischen Belange andererseits erscheinen hierbei wie zwei Bereiche, die sich nicht immer „grün“ sind (Körner & Staller, 2020b; Staller & Körner, 2020a). Ergebnisse aus Forschungsarbeiten weisen regelmäßig auf Unterschiede zwischen dem, was in

theoriegeleiteten Hochschulsettings im Vergleich zu praktischen Trainings und Praktika gelernt wird, hin (Frevel, 2018; Staller, Koerner, Heil, et al., 2021a). Frevel (2018) weist darauf hin, dass einige Dozent*innen, Trainer*innen und Tutor*innen mit den von der jeweiligen anderen Seite vermittelten Inhalten nicht einverstanden wären. Während die eine Seite auf „Vergessen Sie alles, was Sie an der Hochschule gelernt haben, dies ist die echte Polizeiarbeit“ (S. 209) verweist, stellt die andere Seite fest: „Was Sie von Ihrem/r Tutor*in gelernt haben, ist nicht der aktuellste Stand der Wissenschaft und sogar falsch/unzulässig“ (S. 209).

Es gilt also, diese Lücke zu schließen. Professionelle Praxis und Wissenschaft (als Denkprozess) sind nicht zwei unterschiedliche Bereiche: Professionelle polizeiliche Praxis ist Wissenschaft; im Denken, in der Herangehensweise, in der Betrachtung der eigenen Handlungen. Unsere Vision ist die Einheit der zwei Systeme; die Symbiose: der/die Praktikant*in als das personalisierte Leitbild einer reflektierten Praxis. Dabei geht es nicht um das Label – sondern um das, was sich dahinter verbirgt. Hier wollen wir mit unseren Schlaglichtern – im Sinne einer reflexiven Praxis – auf einige Aspekte aufmerksam machen.

2.3 Schlaglichter

Die folgenden Schlaglichter repräsentieren eine selektive Auswahl unsererseits, die auf einige strukturelle Verbesserungsmöglichkeiten in Bezug auf die Integration von Wissenschaft in der Polizei hinweisen.

2.3.1 Wissenschaft als Werbelabel

Wissenschaft hat einen hegemonialen Anspruch. Als das beste zur Verfügung stehende Instrumentarium, um Licht ins Dunkel zu bringen (Sagan, 1997), beansprucht wissenschaftliche Erkenntnis einen höheren Wahrheitsgehalt als andere Erkenntnisse. Wir verstehen hier wissenschaftliche Erkenntnis im Sinne von Systematizität (Hyningen-Huene, 2013), was sich an den Prozess des Erkenntnisgewinns richtet und nicht an den Ursprung. So kann Erfahrungswissen auch die Grundlage von wissenschaftlichen Erkenntnissen sein. Es kommt eben auf die systematische (im Sinne Hyningen-Huenes) Weiterverwertung dessen an.

Damit hat „Wissenschaftlichkeit“ natürlich einen intuitiven Reiz: Erkenntnisse, die sich des Labels der Wissenschaftlichkeit bedienen können, beanspruchen eher in Entscheidungs- und Abwägungsprozesse einbezogen werden zu können, als solche, die dies nicht tun. Dabei erscheint hier vor allem die Herkunft interessant (wissenschaftliche Erkenntnis) und der Implemen-